

EU-Nachrichten 05 2016

KURZ & KNAPP

Digitale Wirtschaft 3

Nationale Grenzen überwinden

IM FOKUS

Flüchtlingskrise 4

Das Geschäftsmodell der Schleuser
„ein für allemal“ zerschlagen

EU-Stahlindustrie 5

Wettbewerbsfähigkeit langfristig stärken

Die nächste Ausgabe der EU-Nachrichten
erscheint am 14. April 2016.



Die meisten der fast zwei Millionen EU-Beschäftigten, die von ihren Unternehmen zum Arbeiten in ein anderes Mitgliedsland entsandt werden, sind in der Baubranche tätig.

SCHUTZ GEGEN ZIKA-VIRUS

EU stellt 10 Mio. Euro für Forschung bereit

Damit sich das vor allem in Brasilien grassierende Zika-Virus nicht zu einer ersten weltweiten Gesundheitsbedrohung entwickelt, unterstützt die EU die Erforschung des Virus mit 10 Mio. Euro. Ziel ist zunächst, den Zusammenhang zwischen dem von Stechmücken übertragenen Virus und schweren Schädeldefehlbildungen bei Neugeborenen und Lähmungserscheinungen bei Erwachsenen zu klären. Später könnten dann Therapien und Impfstoffe entwickelt werden.

„Damit zeigen wir einmal mehr, dass wir darauf vorbereitet sind, neuen Epidemien wie dem Zika-Fieber durch rasche und effektive Forschung zu begegnen“, sagte Carlos Moedas, EU-Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Innovation.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-808_de.htm

REFORM DER ENTSENDERICHTLINIE

Neue Regeln sollen Sozialdumping erschweren

Sozialdumping soll in der Europäischen Union keinen Platz haben. Arbeitnehmer, die von ihrer Firma für eine begrenzte Zeit in einen anderen EU-Staat entsandt werden, sollen künftig einen umfassenden Anspruch auf den gleichen Lohn haben, den andere Arbeitnehmer am gleichen Ort bekommen. Das will die EU-Kommission mit einer Reform der Entsenderichtlinie von 1996 erreichen.

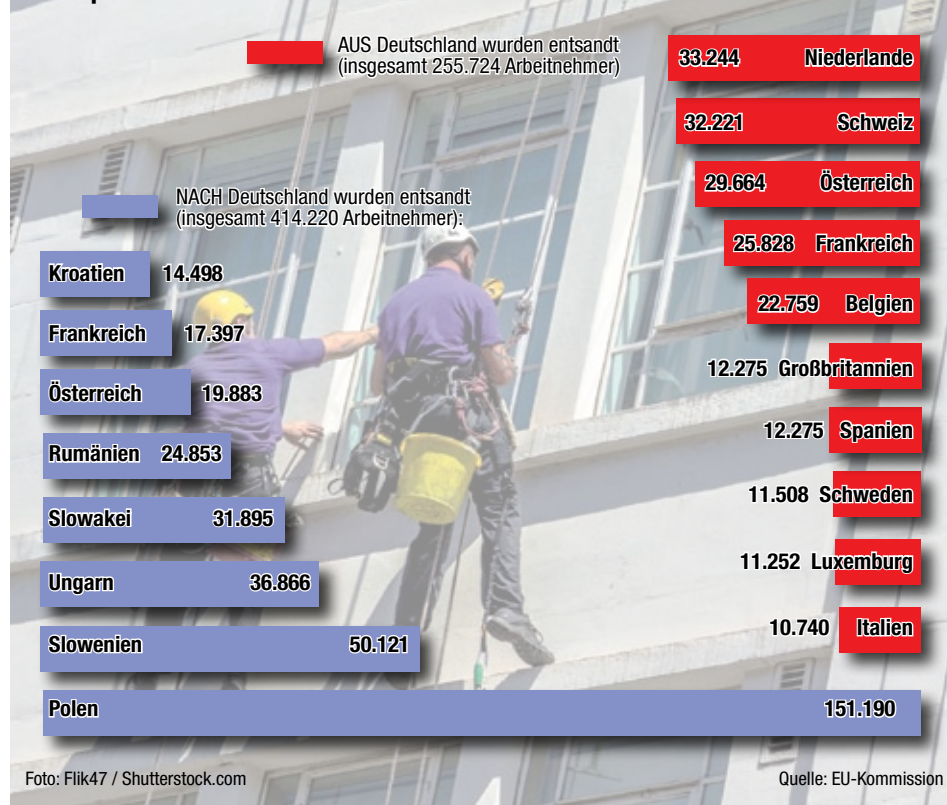
> Bisher gibt es nur einen Anspruch auf den im Gastland geltenden gesetzlichen Mindestlohn. Künftig sollen Entsendete auch vor Ort geltende Prämien oder Zulagen, wie etwa Weihnachtsgeld, bekommen und alle Rechte haben, die dort in Gesetzen oder allgemeinverbindlichen Tarifverträgen festgelegt sind. Ziel ist es, sowohl Arbeitnehmer vor Ausbeutung zu schützen, als auch Unternehmen vor unfairer Konkurrenz aus EU-Ländern mit niedrigerem Lohnniveau. „Bereits zu Beginn meines Mandats habe ich darauf hingewiesen, dass wir die Arbeitskräftemobilität erleichtern müssen und dass dies in einem gerechten Rahmen erfolgen muss“, sagte Marianne Thyssen, die für Arbeit und Soziales zuständige EU-Kommissarin.

„Der Rechtsrahmen für die Entsendung, den wir mit unserem Vorschlag vorgelegt haben, ist klar, gerecht und leicht durchsetzbar“, erklärte sie.

Derzeit gibt es der Kommission zufolge große Einkommensunterschiede zwischen entsandten und lokalen Arbeitnehmern, die umso größer sind, je höher das Lohnniveau im Gastland ist. In einigen Branchen und Mitgliedstaaten verdienen entsandte Arbeitnehmer nur knapp die Hälfte dessen, was Beschäftigte vor Ort erhalten. Sehr große Differenzen verzerren den Wettbewerb zwischen den Unternehmen im EU-Binnenmarkt, deshalb müsse das Entsenderecht angepasst werden, so die Kommission. >>

ENTSANDTE ARBEITNEHMER 2014

Hauptherkunfts- und Zielländer



Kommission will die Gleichbehandlung jetzt zur Regel machen.

Auch Subunternehmer an Regeln binden

Sozialkommissarin Thyssen schlägt ferner vor, dass nicht nur Haupt- sondern auch Subunternehmer aus dem Ausland verpflichtet werden können, die vor Ort geltenden Tarifbestimmungen einzuhalten. Wenn Arbeitnehmer länger als zwei Jahre entsandt werden, dann soll für sie auch das komplette Arbeitsrecht des Gastlandes gelten, sofern es für sie günstiger ist, als in der Heimat. Das würde etwa bedeuten, dass nach Deutschland geschickte Beschäftigte nach zwei Jahren auch nach deutschem Recht vor Kündigung geschützt sind, auch wenn es im Herkunftsland andere Regeln gibt.

Die Reform der Entsenderichtlinie ist nur ein Baustein einer geplanten umfassenden Überprüfung der Zukunftsfähigkeit des europäischen Sozialmodells. Wie dieses im 21. Jahrhundert aussehen soll, will die Kommission auch durch eine öffentliche Konsultation erkunden, an der sich alle Interessierten bis Jahresende beteiligen können (siehe Kasten). Die Ergebnisse sollen beim Aufbau einer „europäischen Säule sozialer Rechte“ helfen. „Globalisierung, die digitale Revolution und neue Geschäftsmodelle haben bisher nicht gekannte Auswirkungen darauf, wie wir arbeiten“, sagte Thyssen. „Wir müssen bereit sein, diese Trends und Entwicklungen vorwegzunehmen und zu steuern.“ (frh) >

http://ec.europa.eu/germany/news/gerechtere-l%C3%B6hne-und-fairer-wettbewerb-eu-kommission-schl%C3%A4gt-reform-der-entsenderichtlinie-vor_de

Konsultation zu sozialen Rechten

Bis Jahresende können alle Interessierten ihre Meinung dazu äußern, wie eine im EU-Recht verankerte „Säule der sozialen Rechte“ aussehen soll. In der von der EU-Kommission eingeleiteten Internet-Befragung geht es um Themen wie Chancengleichheit und Zugang zum Arbeitsmarkt, faire Arbeitsbedingungen, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Rechten und Pflichten von Beschäftigten und Arbeitgebern und angemessenen und nachhaltigen Sozialschutz, der ein Leben in Würde und Absicherung gegen Risiken ermöglicht.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-544_de.htm

>> Mit den neuen Regeln hätte etwa ein auf eine Baustelle in Belgien geschickter Arbeiter nicht nur Anspruch auf den gesetzlichen Mindestlohn seiner Lohnkategorie, der zwischen 13,38 Euro und 19,32 Euro pro Stunde liegt, sondern auch auf Leistungen wie Schlechtwettergeld, Mobilitätsbeihilfe, Zulage für besondere Arbeiten oder Entschädigung für Werkzeugverschleiß, die in allgemeinverbindlichen Tarifverträgen für den Bausektor festgelegt sind. Außerdem würden die dort verankerten Regeln für Höchstarbeitszeiten und Pausen, bezahlten Mindesturlaub sowie Sicherheit und Gesundheitsschutz gelten.

Die Kommission schlägt vor, dass Regeln aus allgemeinverbindlichen Tarifverträgen immer auch für entsandte Arbeitnehmer gelten sollen. Das ist bisher nicht verpflichtend. Deutschland, Irland und Luxemburg machen davon nur für ausgewählte Branchen Gebrauch. Höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen als im Gastland üblich bleiben weiterhin erlaubt. Mitarbeiter deutscher Unternehmen, die in ein Land mit niedrigerem Lohnniveau geschickt werden, müssen also keine Kürzungen hinnehmen.

Deutschland zieht die meisten Entsandten an

Mit 44 Prozent arbeiten die meisten Beschäftigten, die in ein anderes EU-Land entsendet

werden, im Baugewerbe. Doch auch in der verarbeitenden Industrie (21,8 Prozent), in Bildungs-, Gesundheits- und sozialen Berufen (13,5 Prozent) und bei Dienstleistungen, die für Unternehmen erbracht werden (10,3 Prozent) spielen Entsendungen eine große Rolle. Ihre Bedeutung hat laut Kommission über die Jahre zugenommen: 2010 gab es 1,3 Millionen entsandte Arbeitnehmer, 2014 waren es 1,9 Millionen. Die meisten davon arbeiten für Firmen, die ihren Sitz in Polen, Deutschland oder Frankreich haben. In Deutschland arbeiten die meisten entsendeten Beschäftigten aus anderen Mitgliedstaaten – gefolgt von Frankreich und Belgien. Die Hälfte aller Entsandten in der EU wird in diesen drei Ländern eingesetzt.

Auch für Mitarbeiter ausländischer Leiharbeitsfirmen sollen dem Kommissionsvorschlag zufolge die Leiharbeitsvorschriften des Gastlandes gelten. Bisher ist durch EU-Recht festgelegt, dass für Leiharbeiter die gleichen Arbeitsbedingungen gelten wie für die Belegschaft des Betriebs, in dem sie eingesetzt sind. Das gilt aber nicht zwingend für Mitarbeiter ausländischer Leiharbeitsfirmen. In Deutschland werden Leiharbeiter aus in- und ausländischen Firmen zwar heute schon gleich behandelt, in knapp der Hälfte der EU-Staaten aber nicht. Die

EU-KOMMISSAR OETTINGER BEI DER CEBIT

Nationale Grenzen in der digitalen Wirtschaft überwinden

Die Länder der EU und des europäischen Wirtschaftsraums stellen den „größten Marktplatz der Welt“ dar – allerdings noch nicht in der digitalen Wirtschaft. Das müsse sich bald ändern, sagte der für digitale Wirtschaft und Gesellschaft zuständige EU-Kommissar Günther Oettinger in Hannover bei der CeBIT (Foto), der weltweit größten Messe für Informationstechnik. Wer heute etwa in London ein Start-up gründet und in Europa aktiv werden will, benötige im Grunde „28 Rechtsanwälte“, um die unterschiedlichen Datenschutzregeln in den EU-Ländern einzuhalten. Die EU-Kommission werde in diesem Jahr eine ganze Reihe konkreter Vorschläge machen, „um den digitalen Binnenmarkt zur Realität zu machen“, so Oettinger.

Zu klären gebe es vieles. Zunächst müsse eine ausreichende technische Infrastruktur für die „Gigabyte-Gesellschaft“ von morgen aufgebaut werden, damit vernetztes Fahren, Angebote für elektro-

nisches Lernen, elektronische Verwaltung und Gesundheitsvorsorge oder die Kommunikation zwischen Maschinen möglich werden. Dann stellten sich zahlreiche Fragen zu Datenschutz, Nutzungsrecht, Haftung oder danach, wem eigentlich viele der in einer vernetzten Welt entstehenden Daten gehören. „Im Grunde brauchen wir ein europäisches Bürgerliches Gesetzbuch für die digitale Gesellschaft“, sagte Oettinger. Und schließlich müsse auch in Cybersicherheit investiert werden, genauso wie in Sicherheit am Arbeitsplatz oder im Straßenverkehr.



http://ec.europa.eu/germany/news/oettinger-auf-der-cebit-wir-befinden-uns-einer-aufholjagd_de

WIRTSCHAFTSPOLITIK BEWERTET

Deutschland investiert zu wenig im Inland

Der hohe Leistungsbilanzüberschuss in Deutschland und die im Vergleich mit den Euro-Partnern unterdurchschnittlichen Investitionen im Inland werden von der EU-Kommission weiterhin als makroökonomisches „Ungleichgewicht“ eingestuft – allerdings nicht als ein „übermäßiges“. Mit dieser Bewertung hat die Kommission die gleiche Kritik an der Bundesregierung geübt wie in den Vorjahren, den Ton aber nicht verschärft. Deutschland gehört zu den 18 EU-Staaten, die seit November eingehend auf mögliche makroökonomische Schieflagen geprüft wurden. In zwölf Fällen sieht die Kommission nach dieser Prüfung Ungleichgewichte, in Frankreich, Italien, Portugal, Kroatien und Bulgarien hält sie diese für „übermäßig“. All diese Länder werden nun besonders beobachtet. Auch im EU-Ministerrat soll jetzt darüber diskutiert werden, was die betroffenen Staaten tun können, um die durch die Ungleichgewichte entstehenden Risiken zu verringern.

Deutschlands geringe Inlandsinvestitionen sind nach Ansicht der Kommission ein Risiko für das nationale Wachstumspotenzial. In den anderen kritisierten Ländern haben die Ungleichgewichte meist mit hoher Verschuldung zu tun.

<http://ec.europa.eu/germany/news/>

KAMPF GEGEN STEUERVERMEIDUNG

Großunternehmen sollen Abgaben pro Land offenlegen

Steuervermeidungspraktiken multinationaler Konzerne sollen in der EU weiter erschwert werden. Die EU-Finanzminister haben eine politische Einigung über die von der EU-Kommission im Januar vorgeschlagene länderübergreifende Bilanz-Berichterstattung nach OECD-Standard erzielt, wie sie bereits für Banken sowie Unternehmen des Bergbaus und der Forstwirtschaft gilt. Alle grenzüberschreitend tätigen Unternehmen mit mehr als 750 Millionen Euro Umsatz werden fortan verpflichtet, gegenüber dem Fiskus offenzulegen, wieviel Steuern sie in welchem Land gezahlt haben. Der Beschluss steht noch unter dem Vorbehalt der parlamentarischen Zustimmung in Großbritannien.

Die Muttergesellschaft soll steuerliche und andere Informationen über die Finanzlage des Unternehmens dem Finanzamt in ihrem Sitzland übermitteln. Das gilt ab 2017 auch für Töchter von Konzernen aus Drittstaaten. Alle betroffenen Steuerbehörden sollen die Daten dann erhalten – es liegt allerdings im Ermessen der Steuerbehörde, bei der die Informationen eingegangen sind, zu entscheiden, wie weit sie da geht. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker begrüßte die Einigung unmittelbar nach ihrer Bekanntgabe nachdrücklich als einen „großen Schritt zu mehr Transparenz in Steuerfragen“.

<https://ec.europa.eu/germany/news/>

SCHULMILCH UND SCHULOBST EU-Unterstützung wird um 20 Mio. Euro aufgestockt

Die Verteilung von frischem Obst, Gemüse und Milch in Schulen soll ab August 2017 stärker aus dem EU-Haushalt unterstützt werden. Das Europäische Parlament hat einer zuvor mit den Mitgliedstaaten ausgehandelten Einigung zugestimmt, wonach die Finanzausstattung des Programms um 20 Mio. Euro auf 250 Mio. Euro jährlich erhöht werden soll. Wenn auch der Ministerrat noch zugestimmt hat, ist das Programm endgültig beschlossen. Der Verzehr von Obst, Gemüse und Milch ist in der EU rückläufig. Mit den Schulprogrammen soll dieser Trend umgekehrt werden.

Die teilnehmenden Länder verpflichten sich auch, Kinder über gesunde Ernährungsgewohnheiten aufzuklären sowie über lokale Nahrungsmittelketten, ökologischen Landbau, nachhaltige Erzeugung oder die Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung. Kindern sollte auch die Landwirtschaft wieder näher gebracht werden, beispielsweise durch Besuche auf Bauernhöfen. Laut Europäischem Parlament sind über 20 Millionen Kinder in der EU übergewichtig. Heranwachsende essen im Durchschnitt nur zwischen 30 und 50 Prozent der empfohlenen Menge an Obst und Gemüse.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20160303IPR16931>

Das Geschäftsmodell der Schleuser zerstören



In Zusammenarbeit mit der Türkei will die EU Menschen von der lebensgefährlichen Flucht über das Meer abhalten.

> „Niemand, der den Grundsätzen des Anstands, der Menschlichkeit und der Solidarität treu bleiben will, kann sich mit einer Situation zufrieden geben, in der Menschen ihr Leben aufs Spiel setzen, um nach Europa zu gelangen, und sich Schleusern anvertrauen, die das menschliche Elend schamlos ausnutzen“, so Timmermans. Die Grundidee, die beim EU-Gipfeltreffen mit der Türkei formuliert wurde, ist die folgende: Alle neuen Flüchtlinge, die irregulär auf den griechischen Inseln landen, bekommen ein Eilverfahren, mit dem festgestellt wird, ob sie Anspruch auf internationalen Schutz haben. Nur wer nachweisen kann, dass er in der Türkei nicht sicher ist, kann in Griechenland Asyl beantragen. Alle anderen werden in die Türkei zurückgebracht. Die Schutzberechtigten unter ihnen können entweder dort einen Asylantrag stellen oder auf eine reguläre Aufnahme in die EU warten. Für jeden zurückgeschickten syrischen Staatsangehörigen nimmt die EU einen syrischen Schutzsuchenden auf, der in der Türkei wartet.

Die Botschaft laute: „Wer einen Schlepper nutzt, kann auch internationalen Schutz bekommen, aber nicht in der EU, sondern in der Türkei. Wer bereit ist, auf reguläre Einreise in die EU zu warten, kann diesen Schutz auch in Europa erhalten“, so Timmermans.

Dass auch potenziell Schutzberechtigte zurückgeschickt werden, ist laut Kommission durch die EU-Asylverfahrensrichtlinie gedeckt, wonach Verfahren eingestellt und Anträge abgewiesen werden können, wenn eine Person bereits

Schutz in einem „ersten Asylstaat“ genießt oder aus einem „sicheren Drittstaat“ kommt. Voraussetzung für das Verfahren sei, dass Griechenland Gesetze ändert und die Türkei zum sicheren Drittstaat erklärt und dass die Türkei allen Berechtigten Zugang zu Asylverfahren ermöglicht.

Jeder Einzelfall wird geprüft

Niemand werde einfach abgewiesen, betonte Timmermans. Auch in den Eilverfahren bleibe Europa- und Völkerrecht gewahrt. Jeder Einzelfall werde betrachtet, Einsprüche seien möglich. Dennoch müssten die Prüfverfahren „nicht monatelang dauern“, sagte Timmermans, dafür gebe es Beispiele. Geeignetes Personal und mehr Aufnahmekapazitäten auf den griechischen Inseln seien nötig, dabei müssten die anderen EU-Staaten helfen.

Aus der Türkei aufgenommen werden sollen der Kommission zufolge Syrer zunächst im Rahmen des im Juli von den EU-Staaten beschlossenen Kontingents zur „Neuansiedlung“ von 22.504 Personen, die laut UN-Angaben eindeutig internationalen Schutz brauchen. Bisher sind davon 4.555 Menschen in die EU gekommen. Die Kommission drängt die Mitgliedstaaten, ihre Verpflichtungen zu erfüllen und die nötigen Plätze für Asylbewerber zur Verfügung zu stellen. Wenn die irreguläre Migration in die EU eingedämmt ist, sollen die Mitgliedstaaten freiwillig weitere Plätze anbieten.

Im Rahmen der Kooperation mit der EU wünscht sich die Türkei auch schnellere EU-Beitrittsverhandlungen und eine Aufhebung der Visums-

Menschen, die Schutz vor Krieg und Gewalt in ihrer Heimat suchen, müssen wieder auf geordnetem Weg in die EU kommen. Um das zu erreichen und Chaos an den Grenzen sowie lebensgefährliche Fahrten über das Meer zu beenden, setzt die EU auch auf die enge Zusammenarbeit mit der Türkei, dem derzeitigen Haupttransitland der Flüchtlinge. Grundsätze für diese Kooperation, über die am 17. und 18. März die Staats- und Regierungschefs erneut beraten wollen, hat die EU-Kommission jetzt formuliert. Das Geschäftsmodell der Schleuser müsse „ein für allemal“ zerschlagen werden, sagte Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der EU-Kommission.

pflicht für türkische Staatsangehörige bis Juni. Letzteres hänge nach wie vor davon ab, dass die noch ausstehenden 37 von 72 Bedingungen dafür von der Türkei erfüllt werden, unterstrich Timmermans. Der Juni-Termin lasse sich nur halten, wenn das bis Ende April passiert sei. Bei den Beitrittsverhandlungen wolle die Kommission die Vorbereitung für die Eröffnung weiterer Kapitel beschleunigen, über die die Mitgliedstaaten entscheiden. Im Interesse der EU sei es, bestimmte Kapitel zu öffnen und dann einen „vertieften Dialog“ etwa über Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei zu führen, sagte Timmermans. (frh) >

https://ec.europa.eu/germany/news/sechs-grunds%C3%A4tze-f%C3%BCr-die-zusammenarbeit-mit-der-t%C3%BCrkei-der-migrationskrise_de

Finanzielle Unterstützung

Mit Finanzhilfen von 3 Mrd. Euro will die EU dazu beitragen, die Lebensbedingungen von Flüchtlingen zu verbessern, die in der Türkei Unterschlupf gefunden haben. Die ersten 95 Mio. Euro davon sind für syrische Schulkinder und für humanitäre Hilfe durch das Welternährungsprogramm bestimmt. Der Finanzbedarf für weitere Projekte soll bis Mitte April geklärt werden. Zusammen mit der Türkei will sich die EU auch für bessere und sicherere Lebensbedingungen für syrische Flüchtlinge in ihrem Heimatland einsetzen.

EU-STAHLINDUSTRIE AUS DER KRISE HOLEN

Wettbewerbsfähigkeit soll langfristig gestärkt werden

Weltweite Überkapazitäten, unfaire Handelspraktiken der internationalen Konkurrenz und hohe Energiekosten – Europas Stahlindustrie steht nach Einschätzung der EU-Kommission vor Herausforderungen „in nie dagewesenem Ausmaß“. So werde Chinas Überkapazität an Stahlprodukten auf rund 350 Millionen Tonnen geschätzt, das Doppelte der Jahresproduktion in der ganzen EU. Die Preise für einige Produkte seien um rund 40 Prozent eingebrochen, seit China den europäischen Markt mit seinen Stahlerzeugnissen überschwemme. Die Kommission hat jetzt skizziert, wie die Probleme für die EU-Industrie bewältigt werden könnten. Neben kurzfristigen handelspolitischen Aktionen setzt sie dabei auch auf längerfristige Reformen.



Europas Stahlindustrie trägt mit 1,3 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt der EU bei und bietet rund 328.000 Menschen Arbeitsplätze.

> „Wir müssen mehr tun, um die Stahlbranche und andere energieintensive Industriezweige dabei zu unterstützen, sich anzupassen, Innovationen zu fördern und sich auf der Grundlage von Qualität, modernsten Technologien, effizienter Produktion und hoch qualifizierten Arbeitskräften dem Wettbewerb stellen zu können“, sagte der für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit zuständige Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen. Was die unfaire Konkurrenz betreffe, gebe es eine Rekordzahl von Antidumpingzöllen auf Stahlprodukte, „und die Kommission ist entschlossen, weltweit wieder gleiche Wettbewerbsbedingungen herzustellen“, sagte er.

Der deutsche Verband Wirtschaftsvereinigung Stahl und der europäische Dachverband Eurofer begrüßten, dass die Kommission die Probleme der Branche auf die Tagesordnung gesetzt hat. Es sei gut, dass Einigkeit über den dringenden Handlungsbedarf insbesondere im Bereich der Außenhandelspolitik bestehe, erklärte Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident des deutschen Branchenverbandes.

Frühwarnsystem geplant

Um die EU-Stahlbranche besser vor Dumping-Einfuhren zu schützen, will die Kommission ein Frühwarnsystem einführen, um schneller auf eine verdächtige Zunahme von Billigeinfuhren reagieren zu können, und sie will ihre Antidumpingverfahren beschleunigen. Eurofer-Generalsekretär Axel Eggert sagte, die Europäer sollten

sich die US-Behörden zum Vorbild nehmen. Diese benötigten rund viereinhalb Monate bis zur Verhängung eines Antidumpingzolls, in der EU dauere das neun Monate.

Katainen forderte zudem die Mitgliedstaaten auf, nicht länger die von der Kommission bereits 2013 vorgeschlagene Reform der handelspolitischen Schutzinstrumente zu blockieren. Vor allem die Streichung der so genannten EU-Regel des niedrigeren Zolls würde die Verhängung höherer Antidumpingzölle erlauben, so die Kommission. Dem aber widersetzen sich einige Mitgliedstaaten, darunter Großbritannien, die Niederlande und Belgien, weil sie unter ande-

rem China nicht als Investor verprellen wollen. Von den derzeit 37 von der EU auf Stahlerzeugnisse verhängten Antidumping- und Antisubventionszöllen betreffen 16 Produkte aus China. Eurofer unterstützt eine Abkehr von der Regel, niedrige Strafzölle zu wählen. Während die EU kürzlich auf kaltgewalzte Stahlprodukte aus China einen Strafzoll von 13 Prozent verhängt habe, sei das gleiche Produkt in den USA mit 265 Prozent belegt worden.

Angepasste Energie- und Umweltpolitik

Die längerfristige Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Stahlindustrie will die Kommission vor allem mit energie- und klimapolitischen Vorgaben fördern. Im Sommer will sie einen Bericht zu Energiepreisen und -kosten vorlegen, der in dieser Hinsicht für mehr Transparenz sorgen soll. Aufgrund der von ihr vorgeschlagenen Reform des Emissionshandelssystems werde die Stahlindustrie bei der Verteilung von CO₂-Emissionsrechten „angemessen“ unterstützt, um Nachteile gegenüber internationalen Wettbewerbern auszugleichen. Als weitere Hilfsmöglichkeit nennt die Kommission ihre Vorschläge zum Aufbau eines Kreislaufwirtschaftssystems in der EU, das den Stahlherstellern unter anderem einen besseren und günstigeren Zugang zu wichtigen Rohstoffen bringen könne. (ste/frh) >

Konsultation zum Handel mit China

Noch bis zum 20. April können sich alle Interessierten zu der Frage äußern, wie die EU darauf reagieren soll, dass zum Jahresende die Festlegung von Antidumpingzöllen auf Produkte aus China schwieriger werden dürfte. Der Grund dafür liegt im Beitrittsprotokoll Chinas zur Welthandelsorganisation von Dezember 2001. Danach ändern sich nach 15 Jahren die Regeln für die Berechnung marktwirtschaftlicher Preise. Das könnte dazu führen, dass die Strafzölle geringer ausfallen müssen.

http://trade.ec.europa.eu/consultations/index.cfm?consul_id=191

https://ec.europa.eu/germany/news/eu-kommission-legt-plan-zur-unterst%C3%B4tzung-der-europ%C3%A4ischen-stahlindustrie-vor_de

EU-Kommission bereitet ein weiteres Hilfspaket vor



Milchbauern haben in der EU besonders stark unter den niedrigen Preisen für ihre Produkte zu leiden.

> Agrarminister und Kommission betonten, die EU-Landwirtschaftspolitik folge weiter dem marktwirtschaftlichen Leitprinzip, und die Minister riefen die Milch- und Schweinefleischerzeuger auf, sich verantwortungsbewusst zu verhalten und für ein besseres Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zu sorgen. Seit die Milchquoten in der EU vor rund einem Jahr abgeschafft wurden, darf jeder Bauer so viel Milch produzieren, wie er will. Die Milchpreise sind wegen des großen Angebots stark gesunken, zumal Russland EU-Agrarprodukte weiter nicht ins Land lässt und die Nachfrage in Asien deutlich eingebrochen ist.

Hogan kündigte an, für sechs Monate dürften Bauern, landwirtschaftliche Erzeugerorganisationen, Branchenverbände und ande-

Stellung der Erzeuger stärken

Die EU-Kommission unterstützt Bemühungen, die Position der Erzeuger in der Lebensmittelkette gegenüber der Nahrungsmittelindustrie und dem Handel zu stärken. Dazu ist eine Expertengruppe mit Vertretern der Mitgliedstaaten eingerichtet worden, die sich nun auch besonders Gedanken über die Lage auf dem Milchmarkt machen soll. Schlussfolgerungen und Vorschläge für mögliche Gesetzesinitiativen sollen im Herbst vorgelegt werden.

re Marktbeteiligte wie Genossenschaften oder Molkereiunternehmen Absprachen treffen, um die Produktionsmenge zu begrenzen. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt begrüßte den Ansatz. „Lösungen für die angespannte Situation können nur im Markt gefunden werden. Dabei werden wir die Landwirte nicht allein lassen, sondern mit begleitenden Maßnahmen unterstützen“, sagte Schmidt. Die EU-Pläne sehen etwa vor, dass die Mitgliedstaaten jeden Landwirt mit bis zu 15.000 Euro pro Jahr unterstützen dürfen.

Um die Märkte weiter zu stabilisieren, will die EU-Kommission die Mengen an Butter und Milchpulver nahezu verdoppeln, die Landwirten zu festgelegten so genannten „Interventionspreisen“ abgekauft und eingelagert werden, bis es wieder mehr Nachfrage gibt. Sie kündigte auch an, über ein neues Programm nachzudenken, das Fleischerzeugern die private Einlagerung von Schweinefleisch finanziert. Ähnliche Hilfsprogramme gibt es für Obst- und Gemüsebauern, denen durch den Boykott Russlands wichtige Märkte weggebrochen sind. Sie laufen noch bis Ende Juni und die Kommission erwägt eine Verlängerung.

Neue Märkte erschließen

„Zu begrüßen sind die Initiativen der Kommission zur Erschließung neuer Absatzmärkte, zum Abbau von Handelshemmnissen und zur Prüfung von Exportkrediten“, sagte Landwirt-

Landwirte, die unter den niedrigen Preisen für Milch, Schweinefleisch oder Obst und Gemüse leiden, können mit weiterer Hilfe der EU rechnen. Die Unterstützung ergänzt ein Hilfspaket über 500 Mio. Euro vom September. Direkt nach einem Treffen der EU-Landwirtschaftsminister präsentierte die EU-Kommission eine Liste mit 13 konkreten Vorschlägen, wie Bauern unter die Arme gegriffen werden kann. Erlaubt werden sollen etwa staatliche Unterstützungszahlungen und eine befristete freiwillige Drosselung der Milchproduktion, um die Preise zu stabilisieren. Die Vorschläge könnten die Lage auf dem Agrarmarkt deutlich verbessern, „ihnen sollte jetzt die Chance gegeben werden, Erfolg zu haben“, sagte EU-Landwirtschaftskommissar Phil Hogan.

schaftsminister Schmidt. So kündigte die Kommission an, die Mittel für Werbekampagnen für landwirtschaftliche Produkte innerhalb und außerhalb der EU aufzustocken. 110 Mio. Euro stehen dafür bislang allein in diesem Jahr zur Verfügung. Hogan selbst bemüht sich auch um neue Absatzmärkte, kürzlich etwa bei einer Reise nach Südamerika. Er will sich auch weiter für eine Aufhebung des russischen Einfuhrstopps einsetzen. Bessere Bedingungen für EU-Exporte hat die Kommission nach eigener Darstellung zuletzt mit den USA, Japan, Brasilien und der Ukraine vereinbaren können.

Investitionen in die Betriebe

In Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) will die Kommission die Entwicklung eines EU-Exportkredit- beziehungsweise -versicherungssystems prüfen, das nationale Systeme ergänzen kann. Hogan will mit Hilfe der EIB auch über Instrumente nachdenken, mit denen sich Landwirte gegen starke Preisschwankungen absichern können und die ihnen ermöglichen, in ihre Betriebe zu investieren, ihre Produktionsabläufe zu verbessern und neue Vertriebswege aufzubauen, damit sie wettbewerbsfähiger werden. „Wir brauchen solche neuen Finanzprodukte“, sagte der Agrarkommissar. (frh) >|

http://ec.europa.eu/germany/news/schwierige-marktlage-agrarkommissar-hogan-k%C3%BCndigt-weitere-hilfen-f%C3%BCr-landwirte_de

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 18.03.2016 10.00 Uhr	„Vernissage: Europa Grenzenlos?“ Präsentation der besten Bilder des Europa-Malwettbewerbs 2015/16 Veranstalter: Europe Direct Informationszentrum Potsdam	Treffpunkt Freizeit Am Neuen Garten 64 14469 Potsdam	www.europatermine.de/termine/datum/2016/maerz/18/termin/einzel/vernissage_europa_grenzenlos.html
> 18.03.2016 18.30–21.30 Uhr	„Europa als internationaler Akteur: Wie geht es weiter?“ Vortrag und Diskussion Veranstalter: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit	Mercure Hotel Hannover City Willy-Brandt-Allee 3 30169 Hannover	https://shop.freiheit.org/#/Veranstaltung/FG1BL
> 19.03.2016 10.00–16.00 Uhr	„JuBi - Die JugendBildungsmesse in Freiburg“ Messe für Schüleraustausch, High School, Sprachreisen, Praktika, Au-Pair, Studium im Ausland, Work & Travel und Freiwilligendienste Veranstalter: weltweiser - Der unabhängige Bildungsberatungsdienst	St. Ursula-Gymnasium Eisenbahnstraße 45 79098 Freiburg im Breisgau	www.weltweiser.de
> 19.03.2016 10.00–16.00 Uhr	„SchülerAustausch-Messe Kiel“ Messe Veranstalter: Deutsche Stiftung Völkerverständigung	Wissenschaftszentrum Kiel Fraunhoferstraße 13 24118 Kiel	www.schueleraustausch-portal.de
> 21.03.2016 15.00–17.30 Uhr	„Unser EURO in der globalen Welt“ Besuch in der neuen Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main Veranstalter: Europa-Union-Deutschland	Europäische Zentralbank Sonnemannstraße 20 60314 Frankfurt	www.europatermine.de/termine/datum/2016/maerz/21/termin/einzel/unser_euro_in_der_globalen_welt.html
> 23.03.2016 18.00 Uhr	„Nach dem Klimagipfel in Paris – was bringt die europäische Energie-Union“ Vortrag Veranstalter: Europe Direct Saarbrücken	Festsaal des Rathauses St. Johann Rathausplatz 66111 Saarbrücken	www.saarbruecken.de/de/leben_in_saarbruecken/veranstaltungen_kalender/veranstaltungen_detailseite/event-5677ea159dcd2/date-41924
> 29.03.2016 18.00–20.00 Uhr	„Chronologie des Russland-Ukraine-Konfliktes“ Ursachen, Standpunkte und Auswirkungen Vortrag Veranstalter: Europäisches Integrationszentrum Rostock e.V.	Haus Europa Mühlenstraße 9 18055 Rostock	www.eiz-rostock.de/veranstaltung/chronologie-des-russland-ukraine-konfliktes/
> 04.04.2016 18.00 Uhr	„Germany and Turkey in Europe: Economic and Political Challenges and Possible Options“ Öffentliche Podiumsdiskussion Veranstalter: ifo Institut	ifo Institut Poschingerstraße 5 81679 München-Bogenhausen	www.cesifo-group.de/de/ifoHome/events/Archive/conferences/2016/04/2016-04-04-ipc16-Yalcin.html
> 06.04.2016 08.30–10.00 Uhr	„1. EU-Briefing der Europäischen Bewegung Sachsen“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europäische Bewegung Sachsen	Sächsischer Landtag Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden	www.europatermine.de/termine/datum/2016/april/6/termin/einzel/eu_briefing.html
> 06.04.2016 19.00–21.00 Uhr	„Die Auswirkungen der europäischen Flüchtlingspolitik auf Hamburg“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europa-Union Hamburg e. V.	Katholische Akademie Herrengaben 4 20459 Hamburg	www.europatermine.de/termine/datum/2016/april/6/termin/einzel/die_auswirkungen_der_europaeischen_fluechtlingspolitik_auf_hamburg.html

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:
Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:
Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:
Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:
Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keinster Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook und folgen Sie uns auf Twitter

NEUE CHANCEN JENSEITS DER GRENZE FINDEN

EU-weite Jobdatenbank EURES wird erweitert

Das europäische Beschäftigungsnetzwerk EURES wird um eine Datenbank mit Stellengesuchen und Lebensläufen aus der ganzen EU erweitert. Einem entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission haben die EU-Staaten und das Europäische Parlament jetzt zugestimmt, er soll innerhalb von zwei Jahren in die Tat umgesetzt werden. „Ziel ist es, die Arbeitslosigkeit durch einen besseren Abgleich von Stellenangeboten und -gesuchen auf dem EU-Arbeitsmarkt zu bekämpfen“, sagte EU-Arbeits- und Sozialkommissarin Marianne Thyssen.

Über die Datenbank sind derzeit über 1,1 Millionen Jobangebote zugänglich – angepeilt wird eine Zahl von 1,4 Millionen. Arbeitssuchende sollen unkompliziert ihre Bewerbungsunterlagen einstellen können. Der automatische Abgleich mit den Angeboten wird für die Arbeitnehmer kostenlos sein.

■ <https://ec.europa.eu/eures/public/de/jobseekers-dashboard>

EUROPÄISCHER FREIWILLIGENDIENST

Neuer Eurodesk-Film informiert über Möglichkeiten

Mark kommt aus Aachen und hat ein Jahr in Dublin verbracht. Im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes hat er sich dort sechs Stunden am Tag in einem Jugendzentrum engagiert und für dessen Besucher eingekauft, Essen vorbereitet und das Freizeitprogramm mitgestaltet. Gewohnt hat er in der Zeit in einer WG mit sechs jungen Leuten aus anderen Ländern und Englisch spricht er jetzt mit irischem Akzent. „Es hat mir sehr geholfen, dass ich viel eigenständiger leben musste“, bilanziert Mark seine zwölf Monate in Dublin. „Ich wurde darin bekräftigt, was ich später mal machen möchte, nämlich mit Jugendlichen und Kindern arbeiten.“



Näheres über die Erfahrungen des jungen Deutschen in Irland und über die Möglichkeiten für Menschen zwischen 17 und 30 Jahren, mit dem Europäischen Freiwilligendienst (EFD) ins EU-Ausland zu gehen, vermittelt ein neuer Film von Eurodesk.TV, den man im Internet ansehen kann.

■ <https://www.rausvonzuhause.de/eurodesktv>

CHANCEN VON MIGRATION NUTZEN

Die besten Ideen zur Integration werden prämiert

Migration und die Ankunft von Flüchtlingen sind nicht nur eine Herausforderung für die EU. Viele der Ankömmlinge bringen das Potenzial zum Unternehmer oder zum Innovator mit, das der älter werdenden europäischen Gesellschaft nützen kann. Die EU-Kommission hat jetzt einen Wettbewerb gestartet, um die besten Ideen zur Unterstützung von Migranten und Flüchtlinge zu sammeln, damit diese ihre Fähigkeiten zum Nutzen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens einbringen können. Drei Preise von jeweils 50.000 Euro sind dabei zu gewinnen.

Ziel des Wettbewerbs ist es, die Umsetzung der besten Vorschläge in die Praxis zu unterstützen. 30 der aussichtsreichsten Bewerber werden zu einem Seminar nach Berlin eingeladen, wo sie ihre Ideen vorstellen und vorantreiben können. Die Preise werden dann im Oktober in Brüssel verliehen. Vorgeschlagen werden können zum Beispiel Wege zur Entwicklung der persönlichen Fähigkeiten oder des Unternehmergeists der Migranten sowie zur Förderung von Zusammenhalt und kultureller Vielfalt in der Gesellschaft. Privatpersonen können sich genauso beteiligen wie Organisationen. Einsendeschluss ist der 8. April.

■ <https://ec.europa.eu/epale/de/content/wettbewerb-der-europaeischen-kommission-zur-sozialen-integration>

KONTROLLE VON LOBBYISTEN

Gefragt sind Meinungen zum Transparenzregister

EU-Bürger, Unternehmen, Verbände und andere Organisationen können bis zum 24. Mai Kommentare zu der Frage abgeben, wie ein künftiges EU-Lobbyistenregister aussehen soll. Die EU-Kommission hat eine öffentliche Konsultation zu dem Thema eingeleitet. Interessierte können sich sowohl dazu äußern, wie das existierende Lobby-Register funktioniert, das unverbindlich ist und an dem sich der Ministerrat nicht beteiligt, als auch zur Gestaltung eines von der Kommission angestrebten verbindlichen Registers für alle drei großen EU-Institutionen. Das neue Register solle umfassender sein als das derzeitige und „volle Transparenz im Hinblick auf die Lobbyisten gewährleisten, die Einfluss auf die politische Willensbildung in der EU nehmen wollen“, erklärte der Erste Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans.

Nach Abschluss der Konsultation will die Kommission einen Vorschlag für den Aufbau eines verbindlichen Lobbyistenregisters präsentieren und dann eine Vereinbarung mit Europäischem Parlament und Ministerrat darüber anstreben.

■ http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-462_de.htm